

Ewald Walterskirchen

Makelloser Konjunkturbild vor der Golfkrise

Das Konjunkturbild war vor Ausbruch der Golfkrise nahezu makellos. Der Aufschwung setzte sich in der Industrie unvermindert fort und erfaßte seit dem Frühjahr auch die Bauwirtschaft in vollem Umfang. Trotz der hohen Nachfrage blieben der Preisaufrtrieb gedämpft und die Leistungsbilanz aktiv. Die Beschäftigung wurde so stark ausgeweitet, daß sie im August erstmals die 3-Millionen-Marke überschritt. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat rascher, denn der Ausländerzuström nahm ungeahnte Dimensionen an.

Die österreichische Wirtschaft hat sich im Frühsommer sehr günstig entwickelt. Das Industriewachstum erreichte zweistellige Zuwachsraten, getragen wurde es vor allem von der hohen Nachfrage des In- und Auslands nach Investitionsgütern. Im Juni wurden um etwa ein Drittel mehr Investitionsgüter produziert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Auch die Baukonjunktur ist im Frühjahr in Schwung gekommen. Die Umsätze der Bauwirtschaft waren in den Monaten Mai und Juni um 12% höher als im Vorjahr. Im WIFO-Konjunkturtest vom Juli beurteilten die Bauunternehmen die Konjunktursituation und die Geschäftserwartungen so aussichtsreich wie in den frühen siebziger Jahren.

Im Einzelhandel hielt der gute Geschäftsgang an. Nach den Rekordergebnissen zu Jahresanfang kam es im II. Quartal zu keiner zusätzlichen Belebung. Real wurde um 5% mehr verkauft als im Vorjahr. (Über den Umsatzanteil der Touristen aus Osteuropa liegen leider keine Informationen vor.)

Etwas getrübt wird das derzeitige Konjunkturbild von den schwachen Impulsen aus dem Ausland: Der Fremdenverkehr blieb im Juli deutlich hinter den Erwartungen zurück, und der Export verlor wegen der Flaute der Wirtschaft in den USA und der Umstellungsprobleme in Osteuropa etwas an Dynamik.

Trotz der angespannten Kapazitäten blieb der Preisaufrtrieb bis zur Golfkrise gering, die Leistungsbilanz wies einen Überschuß auf. Diese günstige Entwicklung wurde jedoch im

wird aus heutiger Sicht die Inflationsrate im Herbst um etwa 1/2 Prozentpunkt anheben.

Ausländerzuström erhöht die Arbeitslosigkeit

Einen Schatten wirft auch die steigende Arbeitslosigkeit auf die erfreuliche Konjunktur. Österreichs Arbeitsmarkt steht derzeit unter dem Einfluß einer Angebotsschwemme. Das Angebot an Arbeitskräften wächst aufgrund des enormen Ausländerzuströms so rasch, daß selbst bei hervorragender Konjunktur nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Im August war es um rund 91 000 oder um 3% höher als im Vorjahr, dabei sind zusätzliche Schwarzarbeiter noch nicht berücksichtigt.

Das offizielle Angebot an Arbeitskräften aus dem Ausland war in den Sommermonaten um nicht weniger

August durch den Golfkonflikt überschattet (die Auswirkungen der Erdölpreissteigerungen werden in einer WIFO-Studie gesondert untersucht!). Für dieses Jahr sind nur relativ geringe inflationäre Effekte und noch keine bremsenden Einflüsse auf die Konjunktur zu erwarten. Die Preiserhöhung bei Benzin, Diesel und Heizöl

Konjunktur aktuell

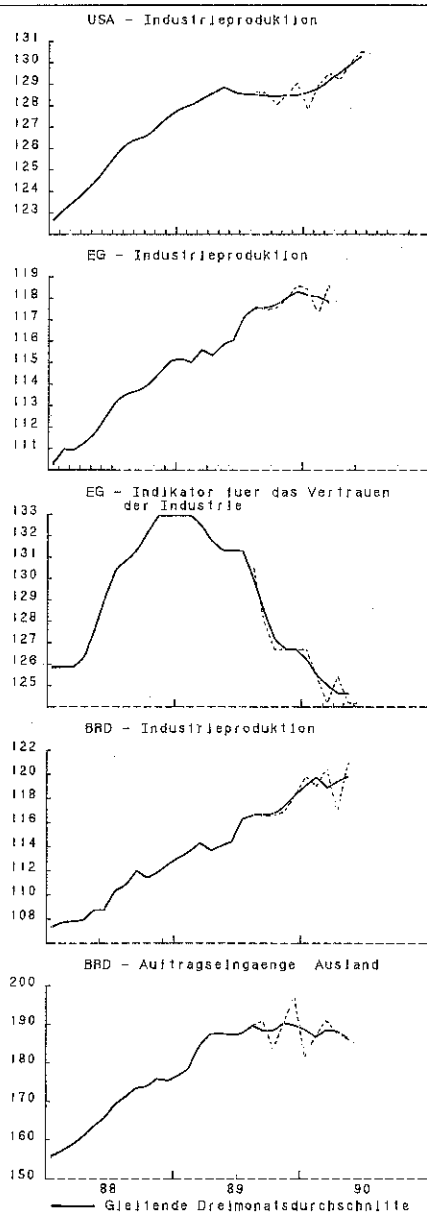
	Letzter Monat		Konjunkturbarometer ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrieproduktion Konjunkturreihe	Juni	+ 10,5	+
Auftragseingänge (ohne Maschinen) nominell	Juni	- 7,6	=
Ausland	Juni	- 3,8	=
Inland	Juni	-	=
Leading Indicator	August	+ 2,3	+
Unselbständig Beschäftigte	August	5,9	+
Arbeitslosenrate saisonbereinigt	in %	+ 3,0	+
Verbraucherpreise	Juni	+ 0,1	-
Umsätze des Einzelhandels real	Juni	- 5,7	-
Dauerhafte Güter	Juni	+ 1,4	=
Warenexport nominell	Juni	- 5,2	-
Warenimport nominell	Juni	-	-
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S		
Handelsbilanz	Juni	+ 4,0	+
Leistungsbilanz	Juni	+ 3,7	+

¹⁾ Trend gleitender Durchschnitte (saison- und teilweise arbeitstägig bereinigt)

¹⁾ Siehe Busch G, Guger A, Musil K, Schebeck F, Stankovský J, „Effekte der jüngsten Erdölverteuerung“, in diesem Heft

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1980 = 100



als ein Drittel (etwa +50.000) höher als im Vorjahr. Es umfaßt nicht in erster Linie Flüchtlinge aus den Oststaaten, sondern vorwiegend Gastarbeiter aus den traditionellen Herkunftsländern Jugoslawien und Türkei, die die gute Konjunktur und die liberalere Handhabung von Beschäftigungsgenehmigungen nutzen. Rund 60% der zusätzlichen Gastarbeiter kamen aus Jugoslawien und der Türkei, etwa 40% aus allen übrigen Ländern.

Mit dem starken Ausländerzu- strom hat sich die Zunahme der Be- schäftigung von Inländern verlang- samt; im I. Quartal stieg sie — bei wenig verändertem Angebotszuwachs — um 30.000, im Juli nur noch um 22.000.

Der rapide Anstieg des Arbeitsan- gebotes verursacht der Arbeitslosen- versicherung hohe Kosten. Die Ar- beitslosigkeit hat sprunghaft zuge- nommen und beschleunigt sich noch von Monat zu Monat parallel zum Gastarbeiterzu- strom.

Im August übertraf die Zahl der Arbeitslosen den Vorjahresstand um 24.000, zwei Drittel der zusätzlichen Arbeitslosen waren Inländer. Die Übersicht „Ausländerbeschäftigung und Arbeitslosigkeit“ legt nahe, daß bei der gegenwärtigen Konjunkturla- ge ein Ausländerzu- strom von etwa 30.000 ohne Anstieg der Arbeitslosig- keit verkräftet wird, derzeit ist er je- doch fast doppelt so stark.

Rezessionsgefahr in den USA, aber gute Konjunktur in Westeuropa

Die internationale Konjunktur zeigt sich im Sommer 1990 gespalten. In Westeuropa dominieren die Auf- triebskräfte, die Konjunktur erweist sich gegenüber den hohen Zinsen als robust. In Nordamerika dagegen flaut sie zunehmend ab, die Produktion wächst kaum mehr. Auch in Japan machen sich die retardierenden Ein- flüsse der monetären Restriktion all- mählich bemerkbar. Die japanische Konjunktur verliert etwas an Schwung.

Die Spaltung der internationalen Konjunktur hat die Voraussetzungen für einen Abbau der Leistungsbilanz- ungleichgewichte verbessert. Wäh- rend die Inlandsnachfrage in den USA stagniert, steigt sie in Japan und der BRD. Auch der schwache Dollar wird auf mittlere Sicht zum Abbau des Lei- stungsbilanzdefizits der USA beitragen.

In den USA breitet sich bereits die Rezessionsangst aus. Schon vor der Golfkrise blieb die Wirtschaft der USA deutlich hinter den Erwartungen zu- rück. In dieser heiklen Situation könn- ten die Erdölpreiserhöhungen den Ausschlag geben, der die negativen Erwartungen überwiegen läßt. In jüngsten Umfragen zeigen sich die Bürger der USA betont pessimistisch bezüglich des weiteren Verlaufs der Wirtschaft. Das äußert sich etwa in stark rückläufigen Verkaufszahlen für Pkw.

Trotz der kräftigen Konjunktur der BRD dürfte Westeuropa von der Kon-

junkturabschwächung nicht ganz ver- schont bleiben. Sie hat bereits Groß- britannien und Skandinavien erfaßt, deren Wirtschaft mit den USA relativ eng verbunden ist. Auch in Frankreich und Italien hat die Konjunktur an Dy- namik verloren. Die Chancen, den Ex- port in die angelsächsischen Länder zu steigern, werden immer schlechter — eine Entwicklung, die der historis- che Tiefstand des Dollars weiter ver- stärkt.

Für Westeuropa erweist sich die deutsche Wirtschafts- und Währungs- union als Konjunkturlokomotive. Die Bürger der DDR kaufen heute über- wiegend Waren aus Westeuropa und kurbeln so die Konjunktur in der BRD und in Westeuropa an. Der damit ver- bundene Einbruch der — der über- mächtigen Konkurrenz ausgelieferten — Wirtschaft der DDR stellt gleichzei- tig immer höhere Anforderungen an den Staatshaushalt der BRD, die wie ein keynesianisches Konjunkturpro- gramm wirken.

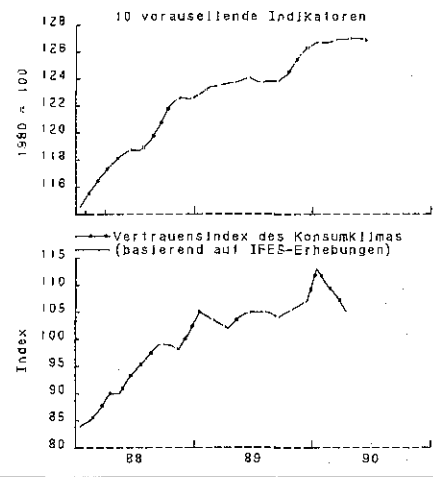
In der Bundesrepublik Deutsch- land war das Konjunkturklima zur Jahresmitte weiterhin ungetrübt. Das Bruttosozialprodukt stieg — ersten Schätzungen zufolge — im II. Quartal real um 3½%, nach 4½% im I. Quartal. Besonders kräftig expandierte die In- landsnachfrage, vor allem dank den Käufen der Bürger aus der DDR — das Deutsche Bundesamt rechnet nämlich die Reiseausgaben der Bür- ger aus der DDR seit Anfang 1990 zum Konsum (und nicht mehr zum Reiseverkehr). Daraus erklärt sich et- wa die Hälfte der Konsumsteigerung von gut 4%. Die Exporte der Bundes- republik Deutschland waren dagegen im II. Quartal real rückläufig — sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch dem Vorjahr.

Anstieg der Zinsen und Verfall des Dollars

Die internationale Wirtschaftspoli- tik steht im Sommer unter dem Ein- druck der Golfkrise, der Rezessions- tendenzen in den USA und der deut- schen Wiedervereinigung.

Die Notenbank der USA sieht sich mit einer unlösbaren Aufgabe kon- frontiert: Aus konjunkturellen Grün- den sollte sie die Zinssätze senken, wegen der Verteuerung des Erdöls und des Absackens des Dollarkurses (um 6% in den letzten zwei Monaten)

WIFO-Konjunkturbarometer



sollte sie die Zinssätze aber erhöhen. Ende August lag der Dollarkurs mit rund 11 S um fast 20% unter dem Vorjahreswert.

Japan verschärfte die monetäre Restriktionspolitik. Die Bank von Japan erhöhte Ende August den Diskontsatz von 5,25% auf 6%, im Mai des Vorjahres war er noch bei 2,5% gelegen.

Im August ist das Zinsniveau infolge der Erhöhungen des Erdölpreises weltweit gestiegen. In den USA und auch in der BRD kletterten die langfristigen Zinssätze über die 9%-Marke. In der EG erreichten sie 11%, um etwa 1 Prozentpunkt mehr als im letzten Jahr. Auf dem österreichischen Rentenmarkt war die Sekundärmarktrendite Ende August mit 8,85% um 0,25 Prozentpunkte unter dem Niveau in der BRD; sie hat sich seit dem Frühjahr kaum verändert. Die kurzfristigen Zinsen (Taggeldsätze) sind in diesem Zeitraum leicht zurückgegangen, im Juli lagen sie um 0,4 Prozentpunkte unter der Sekundärmarktrendite.

In Österreich wurde das Tausziehen um den Eckzinssatz beendet. Nach längeren Verhandlungen haben

sich die Vertreter der wichtigsten Kreditinstitute darauf geeinigt, den Eckzinssatz per 1. November von 3% auf 3% anzuheben.

Die Kreditbereitschaft wird durch die relativ hohen Zinssätze bisher kaum gebremst. Direktkredite an Unternehmen und Private stiegen im Juni und Juli um 12½%, obschon die Prime Rate bei 11% lag – um 1½ Prozentpunkte über dem Jahresdurchschnitt von 1989. Nur der öffentliche Sektor brauchte dank der günstigen Entwicklung der Einnahmen nicht mehr Direktkredite als im Vorjahr.

Kräftige Ausweitung der Industrieproduktion

Österreichs Industrie erzeugte im II. Quartal – ebenso wie im I. Quartal – arbeitstägig bereinigt um 10% mehr als im Vorjahr. Fahrzeug-, Maschinen- und Elektroindustrie erlebten einen Boom. Die Produktion von Vorleistungen und Konsumgütern wurde dagegen nur mäßig ausgeweitet (um rund 7% bzw. 5%).

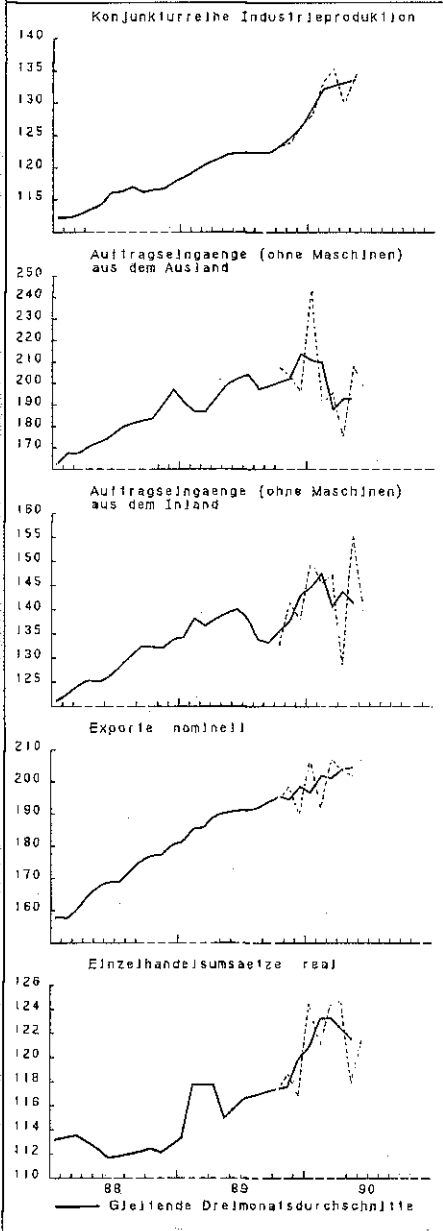
Saisonbereinigt ging die Industrieproduktion im II. Quartal nur wenig über das hohe Niveau des I. Quartals hinaus (+1%). Dem steilen Aufwärtstrend im Bereich der Investitionsgüter standen leichte Rückgänge in den Vorleistungs- und Konsumgüterindustrien gegenüber.

Im Juni wurde die Produktionstätigkeit dadurch entscheidend beeinflusst, daß es um drei Arbeitstage weniger gab als im Vorjahr. Deshalb wurde die Produktion um nur 1%, arbeitstägig bereinigt jedoch um 16% ausgeweitet.

Die Auftragseingänge der Industrie (ohne Maschinenindustrie) gingen im II. Quartal gegenüber der Vorperiode deutlich zurück (-7%). Dabei dürften jedoch die geringere Zahl der

Produktion und Nachfrage

Saisonbereinigt, 1980 = 100



Arbeitstage und Preisrückgänge im Außenhandel eine wichtige Rolle gespielt haben. Der Index der vorausseilenden Konjunkturindikatoren ist im II. Quartal nur leicht gestiegen – langsamer als in den Vorquartalen.

In der Bauwirtschaft hat sich die Situation im Hochbau, nach der Flaute im vergangenen Jahr, stark verbessert (Mai +12%). Noch ausgeprägter waren die Umsatzsteigerungen jedoch im Tiefbau (+19%). Die hohe Produktionsleistung verursachte auch eine kräftige Aufstockung der Beschäftigung im Hoch- und Tiefbau (+3,8%).

Diese dynamische Entwicklung spiegelt sich freilich auch in den Preisen. Der Wohnbau verteuerte sich im

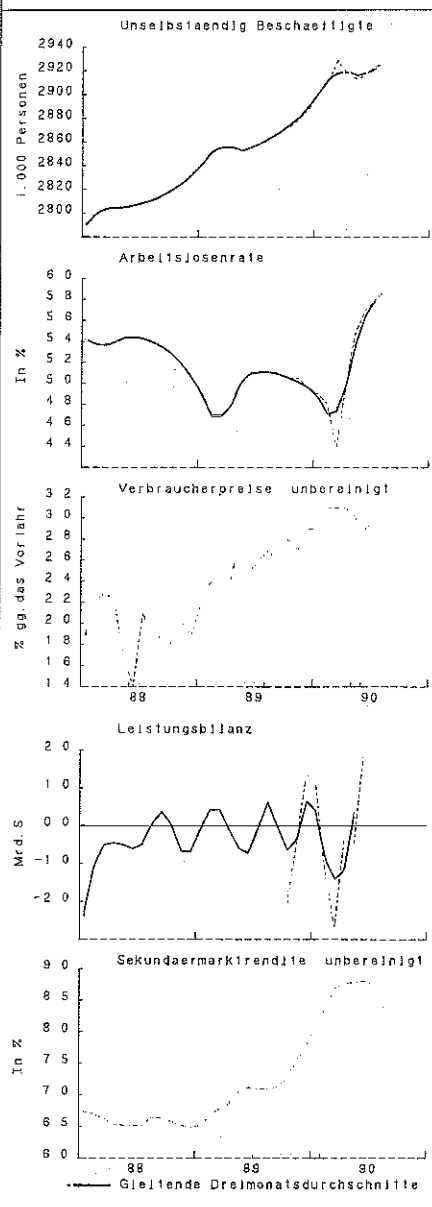
Beschäftigung von Ausländern und Arbeitslosigkeit

		Angebot an ausländischen Arbeitskräften ¹⁾	Arbeitslose insgesamt
		Veränderung gegen das Vorjahr in Personen	
1989	I Quartal	+ 8 600	- 21 100
	II Quartal	+ 13 300	- 10 200
	III Quartal	+ 19 800	- 4 700
	IV Quartal	+ 26 500	- 1 900
1990	I Quartal	+ 33 900	+ 3 000
	II Quartal	+ 45 900	+ 13 400
	Juli	+ 51 300	+ 21 000

¹⁾Unselbständig Beschäftigte plus Arbeitslose

Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt



II. Quartal um 4,5% gegenüber dem Vorjahr (nach +2,8% im I. Quartal).

Exporte streuen stärker nach Ländergruppen

Der schwache Export im Juni (+1,4%) deutet nicht so sehr auf eine Verlangsamung der Exportkonjunktur hin, er ist vielmehr Ausdruck sinkender Exportpreise und einer geringeren Zahl von Arbeitstagen. Die Konjunkturserie der realen Exporte zeigt im Mai und Juni eine Fortsetzung der günstigen Entwicklung. Im II. Quartal war das Ausfuhrvolumen insgesamt um 2% höher als im Vorquartal. Wegen der fragwürdigen Außenhandelspreise ist diese Tendenz allerdings

wenig gesichert. Gemessen an den Außenhandelspreisen der BRD, erscheint der Rückgang der Exportpreise in Österreich übertrieben.

Der Export in die BRD, nach Frankreich und in die Schweiz florierete, Schwächen zeigte dagegen die Ausfuhr in die USA, die Oststaaten (UdSSR, Polen) und vor allem nach Großbritannien. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Einfuhr in den letzten Monaten mengenmäßig kräftiger stieg als die Ausfuhr, war die Entwicklung in Österreich umgekehrt. Die Sogwirkung der Hochkonjunktur in der BRD ließ Österreichs Exporte relativ rasch expandieren.

Die Importe erhöhten sich vor allem im II. Quartal deutlich langsamer als die Exporte (+2½% gegenüber +7%). Wegen der unsicheren Außenhandelspreise läßt sich nicht eindeutig klären, ob dies eher auf reale Effekte oder auf Preiseffekte zurückgeht.

Die Leistungsbilanz entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte dank niedrigem Dollarkurs bzw. billigen Importen relativ günstig: Im Juni wies sie einen leichten Überschuß auf (+300 Mill S), in den ersten sechs Monaten betrug er 2,3 Mrd. S. Das Aktivum war jedoch deutlich niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (3,9 Mrd. S).

Das Defizit der Handelsbilanz wurde im 1. Halbjahr trotz starker Inlandsnachfrage um etwa 5 Mrd. S geringer. In den kommenden Monaten jedoch wird der höhere Erdölpreis sowohl die Handels- als auch die Leistungsbilanz spürbar belasten.

Schwacher Fremdenverkehr im Juli

In der ersten Sommerhälfte konnte der Fremdenverkehr die guten Ergebnisse des Vorjahres halten, aber nicht übertreffen. In den Monaten Mai bis Juli nahm die Zahl der Ausländernachtigungen leicht ab (-0,5%), die Inländernachtigungen (+1,8%) konnten diesen Rückgang jedoch kompensieren.

Im Juli, dem für den Fremdenverkehr zweitwichtigsten Monat des Jahres, wurden um 5,2% weniger Ausländernachtigungen registriert. Ausschlaggebend dafür war das Ausbleiben von Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlan-

den, die wahrscheinlich nach Osteuropa gereist sind. Mehr Gäste kamen aus den USA, Italien und der Schweiz.

Die deutlichsten Einbußen mußte Kärnten hinnehmen, aber auch Vorarlberg und die Steiermark verzeichneten im Juli Nächtigungsrückgänge.

Die Deviseneinnahmen stiegen im 1. Halbjahr trotz deutlicher Nächtigungsrückgänge nominell um 2,8%, real stagnierten sie und blieben damit weit hinter den optimistischen Erwartungen zurück. Jedoch sind alle Voraussetzungen für ein gutes Ergebnis in der zweiten Hälfte der Sommersaison gegeben — zumal sich in den letzten Jahren die Urlauberströme tendenziell in diese Zeit verlagerten.

Einzelhandel floriert

Im April und Mai sind die Einzelhandelsumsätze mit real 7½% noch rascher gestiegen als im I. Quartal. Im Mai haben allerdings zwei zusätzliche Verkaufstage wesentlich dazu beigetragen. Die teilweise verkaufstägig bereinigte Konjunkturserie des Einzelhandels übertraf das Vorjahresniveau um nur rund 2%. Saisonbereinigt konnten im Mai die hohen Ergebnisse der ersten vier Monate nicht mehr erreicht werden.

Der Absatz dauerhafter Konsumgüter stieg mit zweistelliger Zuwachsrate. Hier sind vor allem Pkw von Bedeutung. Im April und Mai wurden jeweils um 12% mehr Pkw zugelassen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (im Juni allerdings ging die Zahl der Zulassungen deutlich zurück).

Die hohe Bereitschaft, in Kraftfahrzeuge zu investieren, zeigt sich auch bei Nutzfahrzeugen: Die Neuzulassungen von Lkw stiegen um fast ein Viertel — doppelt so rasch wie jene der Pkw. Auch die Importstatistik bestätigt die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern; im II. Quartal wurden — ebenso wie im I. Quartal — um 10½% mehr eingeführt als im Vorjahr.

Niedrige Inflationsrate vor der Golfkrise

Die derzeit verfügbaren Preisindizes wurden vor der Golfkrise erhoben. Im Juli betrug die Inflationsrate 3% — ähnlich wie in den Vormonaten. Nimmt man die stark schwankenden Saisonwaren aus, zeigt sich allerdings

eine leicht steigende Tendenz: Die Teuerungsrate für saisonunabhängige Waren erhöhte sich von 2,6% im Juni auf 2,8% im Juli.

Der Verbraucherpreisindex stieg — wie jedes Jahr im Juli — gegenüber dem Vormonat sehr kräftig (+1,3%), denn Übernachtungen und Pauschalreisen werden Anfang der Hauptsaison wesentlich teurer. Schal-

Das Preisklima war vor Ausbruch der Golfkrise ruhig. Die Inflationsrate bewegte sich um die 3%-Marke. Die Preiserhöhung von Erdöl und Erdölprodukten wird die Teuerungsrate im Herbst jedoch um rund 0,6 Prozentpunkte anheben.

tet man diesen Effekt aus, bleibt eine Erhöhung von rund 0,3%, die im üblichen Rahmen liegt. Die Preiserhöhungen von Mineralölprodukten und Brot sind in diesem Index noch nicht enthalten, sie werden jedoch die Teuerung im August und September beschleunigen.

Die Lohnentwicklung war vor Beginn der neuen Lohnrunde ruhig. Im August erhöhte sich der Tariflohnindex um 6% gegenüber dem Vorjahr — kaum mehr als in den Monaten davor. In der Industrie stiegen die Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) etwas stärker (in den ersten fünf Monaten +6,3%). Die effektiven Erhöhungen der Stundenlöhne für Industriearbeiter lagen damit zwischen der kollektivvertraglich vereinbarten Steigerung von Ist- und Mindestlöhnen.

Im August hat die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in Österreich erstmals die 3-Millionen-Grenze überschritten. Es wurden um 66.800 Ar-

beitnehmer mehr gezählt als im Vorjahr. In der Industrie nahm die Beschäftigung fast ebenso rasch zu wie in der Gesamtwirtschaft.

Erstmals 3 Millionen Beschäftigte

Eine Erhebung des Österreichischen Statistischen Zentralamts zeigt allerdings, daß im vergangenen Jahr ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt war. Ihre Zahl erhöhte sich 1989 um rund 38.000, und auch heuer muß mit der Fortsetzung dieses Trends gerechnet werden.

Die gute Konjunktur und die liberalere Handhabung von Beschäftigungsgenehmigungen lösten eine Einwanderungswelle aus. Nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamts erhöhte sich 1989 die Zahl der in Österreich lebenden Ausländer um 57.700. Heuer wird dieser Zuwachs noch weit übertroffen werden.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt immer rascher zu. Zwischen neu zugewanderten Ausländern und Inländern, die nur Pflichtschulabschluß haben — bzw. eingesessenen Ausländern —, entsteht offenbar ein Verdrängungswettbewerb um Arbeitsplätze. Unter Absolventen der Pflichtschule stieg die Arbeitslosigkeit um ein Viertel gegenüber dem Vorjahr, etwa doppelt so rasch wie unter Absolventen einer Lehre oder einer weiterführenden Schule. Fast die Hälfte der vorgemerkten Arbeitssuchenden besuchte nur die Pflichtschule, ein Drittel von ihnen absolvierte eine Lehre, und der Rest von knapp 20% be-

suchte eine mittlere oder höhere Schule.

Die Arbeitslosigkeit nahm in allen Altersgruppen zu, besonders stark jedoch unter älteren Personen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen im Alter von 50 bis 60 Jahren stieg um etwa die Hälfte, jene der männlichen Arbeitslosen in dieser Altersgruppe um fast ein Drittel. Dazu dürften die erwähnten Verdrängungsprozesse mehr beigetragen haben als die Neuregelung, nach der Personen über 50 Jahre in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten nunmehr vier Jahre Arbeitslosengeld beziehen können. Die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und 60 Jahren hat sich um 5.000 erhöht, davon aber nur um 2.600 in Krisenregionen. Hätte der relative Anstieg der Arbeits-

Die Arbeitslosigkeit steigt besonders stark unter den wenig Qualifizierten, die dem Verdrängungswettbewerb mit neu zugewanderten ausländischen Arbeitskräften ausgesetzt sind.

losigkeit in den Krisengebieten dem Österreich-Durchschnitt entsprechen, wäre die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 50 bis 60 Jahren um nur rund 600 niedriger gewesen. Die neue Regelung hatte also nur einen marginalen Effekt.

Das reiche Angebot an Arbeitskräften bewirkt auch eine rasche Besetzung der freien Stellen. Die Zahl der vorgemerkten offenen Stellen steigt nur noch langsam (August +8.700), die der Arbeitslosen ist etwa zweieinhalbmal so hoch wie jene der Stellenangebote.

Abgeschlossen am 7. September 1990